

LANDTAG DES
FÜRSTENTUMS LIECHTENSTEIN

P



JAHRESBERICHT 2022

**DER DELEGATION BEI DER
PARLAMENTARISCHEN VERSAMMLUNG
DES EUROPARATS**

INHALTSVERZEICHNIS

I.	Einleitung.....	3
II.	Zusammensetzung der Delegation.....	3
III.	Allgemeines zur Institution Europarat	3
	1. Entstehung und Zusammensetzung.....	3
	2. Ziele	4
	3. Die wichtigsten Organe des Europarats.....	4
	4. Praktische Auswirkungen für Europa.....	6
	5. Der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR)	6
IV.	Sessionswochen der Parlamentarischen Versammlung im 2022	6
	1. Erste Sessionswoche vom 24. bis 28. Januar 2022.....	7
	2. Ausserordentliche Plenarsitzung am 14. und 15. März 2022.....	10
	3. Zweite Sessionswoche vom 25. bis 28. April 2022	13
	4. Dritte Sessionswoche vom 20. bis 24. Juni 2022.....	14
	5. Vierte Sessionswoche vom 10. bis 14. Oktober 2022	17
	6. Sitzung des Ständigen Ausschusses am 25. November 2022 in Reykjavik.....	20
V.	Zusammenarbeit	20
VI.	Kostenaufwand der Delegation.....	21
VII.	Weitere Informationsquellen.....	21
VIII.	Schlusswort und Antrag	21

I. Einleitung

Die Delegation vertritt den Landtag bei der Parlamentarischen Versammlung des Europarats. In dieser Funktion nimmt sie an den ordentlichen Sessionen der Versammlung sowie an weiteren Aktivitäten, die ihm Rahmen der Parlamentarischen Versammlung des Europarats durchgeführt werden, teil. Gemäss Artikel 61 Absatz 7 der Geschäftsordnung für den Landtag vom 19. Dezember 2012 über die Ständigen Delegationen unterbreitet die Delegation dem Hohen Landtag ihren Jahresbericht 2022.

II. Zusammensetzung der Delegation

Die liechtensteinische Parlamentarierdelegation bei der Parlamentarischen Versammlung des Europarats wurde an der Eröffnungssitzung des Landtags am 24. März 2021 für die Mandatsperiode 2021 – 2025 neu gewählt. Sie setzt sich wie folgt zusammen:

- Abg. Franziska Hoop, Delegationsleiterin
- Abg. Peter Frick, Mitglied
- Stv. Abg. Hubert Büchel, Ersatzmitglied
- Stv. Abg. Thomas Hasler, Ersatzmitglied
- Sandra Gerber-Leuenberger, Delegationssekretärin

III. Allgemeines zur Institution Europarat

Der Europarat umfasst 46 Mitgliedstaaten. Darunter alle Mitgliedstaaten der Europäischen Union. Liechtenstein wurde als 21. Mitglied am 23. November 1978 in den Europarat aufgenommen. Kanada, Israel und Mexiko haben einen «Beobachterstatus» bei der Parlamentarischen Versammlung des Europarats. Den Status «Partner für Demokratie» haben Marokko, der palästinensische Nationalkongress, Kirgisistan und Jordanien. Bei den Partnern für Demokratie hilft der Europarat mit, ihre demokratischen Strukturen zu stärken beziehungsweise auf- und auszubauen. Das Ministerkomitee entschied am 16. März 2022, dass die Russische Föderation kein Mitglied des Europarats mehr ist.

Grundsätzlich kann jeder europäische Staat Mitglied des Europarats werden – vorausgesetzt, er akzeptiert das Prinzip der Rechtsstaatlichkeit und garantiert seinen Bürgern die Wahrung der Menschenrechte und demokratischen Grundfreiheiten.

1. Entstehung und Zusammensetzung

Der Europarat wurde 1949 gegründet und ist eine zwischenstaatliche politische Organisation. Er umfasst 46 pluralistische Demokratien und hat seinen ständigen Sitz im Palais de l'Europe in Strassburg. Diese supranationale Organisation repräsentiert derzeit eine Bevölkerung von 700 Millionen Menschen.

2. Ziele

- Verteidigung der Menschenrechte und der Rechtsstaatlichkeit in allen Mitgliedstaaten.
- Stärkung der demokratischen Stabilität Europas durch Reformen in Politik, Gesetzgebung und Verfassung.
- Die Auseinandersetzung mit aktuellen gesellschaftspolitischen Fragen, wie beispielsweise Diskriminierung von Minderheiten, Fremdenfeindlichkeit, Intoleranz, Bioethik, Terrorismus, Menschenhandel, Kriminalität und Korruption, Datennetzkriminalität, Umweltschutz, u.a.
- Entfaltung einer europäischen kulturellen Identität – eines europäischen Wir-Bewusstseins – insbesondere über den Weg der Bildung.

3. Die wichtigsten Organe des Europarats

Die Arbeit des Europarats stützt sich auf die folgenden drei Organe:

Das **Ministerkomitee** ist das Entscheidungsorgan des Europarats, das von den Aussenministern der Mitgliedstaaten beziehungsweise deren ständigen Vertretern gebildet wird. Es prüft, was auf die Empfehlungen der PV und des Kongresses der Gemeinden und Regionen Europas sowie auf Vorschläge der Regierungsexpertenausschüsse und der Fachkonferenzen hin geschehen soll. Es verabschiedet das Arbeitsprogramm und das Budget des Europarats und ist ein ständiges Forum für den politischen Meinungs austausch und die Willensbildung. Der Vorsitz im Ministerkomitee wechselt alle sechs Monate. Im Berichtsjahr hatten folgende Länder den Vorsitz inne: Italien (November 2021 bis Mai 2022), Irland (Mai bis November 2022) sowie Island (November 2022 bis Mai 2023). Liechtenstein wird den Vorsitz von November 2023 bis Mai 2024 innehaben.

Die **Parlamentarische Versammlung** ist das beratende Gremium des Europarats und besteht aus Abgeordneten der 46 nationalen Parlamente. Sie war die erste pan-europäische Versammlung in der Geschichte unseres Kontinents. Mit den Delegationen aus den nationalen Parlamenten ist sie nach wie vor das grösste politische Forum Europas. Die Parlamentarier können durch Beschlüsse bzw. Entschliessungen in der PV durchaus Einfluss auf das Ministerkomitee nehmen. Die vorgelagerte Mitarbeit in den einzelnen Ausschüssen der PV ist äusserst wichtig, da dort die eigentliche Arbeit zu Handen der PV geleistet wird. Ebenso wichtig ist aber auch die entsprechende Berichterstattung an die nationalen Parlamente bzw. Regierungen.

Die Parlamentarische Versammlung besteht aktuell aus 612 Mitgliedern, davon 306 Stellvertreter. Liechtenstein ist in der Versammlung mit zwei Mitgliedern und zwei Stellvertretern vertreten. Im Verhältnis zur Grösse des Landes ist Liechtenstein durchaus stark vertreten, vergleicht man dies mit den grossen Staaten wie Deutschland und Frankreich mit je 18 Mitgliedern und 18 Stellvertretern.

Die sechs politischen Fraktionen der PV sind wie folgt aufgeteilt (die Zahlen in Klammern stellen die Anzahl der Delegierten dar und basieren auf dem Stand von Januar 2023):

- Sozialisten, Demokraten, Grüne – SOC (167)
- Europäische Volkspartei – EPP/CD (151)
- Europäische Konservative Gruppe – EC (103)
- Allianz der Liberalen und Demokraten für Europa – ALDE (92) - davon alle vier

Mitglieder der liechtensteinischen Delegation

- Europäische Gruppe der Vereinigten Linken – UEL (34)
- Parteiunabhängige – NR (57)

Die Parlamentarische Versammlung verfügt über neun Ausschüsse sowie zusätzliche 20 Unterausschüsse. In den Ausschüssen werden die diversen Themen ausführlich behandelt. Dort wird die Hauptarbeit in Bezug auf potenzielle Entschliessungen vollzogen. Bevor ein Bericht in die Parlamentarische Versammlung gelangt, wird in diesen Ausschüssen darüber beraten. Die Ausschüsse führen ihre Sitzungen auch ausserhalb der ordentlichen Sessionswochen durch, da zum Zeitpunkt der Sessionen die aufbereiteten und in den Ausschüssen zu verabschiedenden Berichte vorliegen müssen. Liechtenstein steht in den ersten sechs Ausschüssen jeweils ein Sitz zu. Die Mitglieder der anderen drei Ausschüsse werden vom Präsidium bzw. den Fraktionen bestellt. Jedes Mitglied der Versammlung kann in zwei Ausschüssen Mitglied sein. Die liechtensteinischen Delegationsmitglieder nehmen wie folgt Einsitz in diesen Ausschüssen:

- Committee on Political Affairs and Democracy
Abg. Peter Frick (Ersatz: Stv. Abg. Hubert Büchel)
- Committee on Legal Affairs and Human Rights
Stv. Abg. Thomas Hasler (Ersatz: Abg. Franziska Hoop)
- Committee on Social Affairs, Health and Sustainable Development
Abg. Franziska Hoop (Ersatz: Abg. Peter Frick)
- Committee on Migration, Refugees and Displaced Persons
Stv. Abg. Thomas Hasler (Ersatz: Stv. Abg. Hubert Büchel)
- Committee on Culture, Science, Education and Media
Stv. Abg. Hubert Büchel (Ersatz: Abg. Peter Frick)
- Committee on Equality and Non-Discrimination
Abg. Franziska Hoop (Ersatz: Stv. Abg. Thomas Hasler)
- Committee on Honouring of Obligations and Commitments by Member States of the Council of Europe (Monitoring Committee)
keine Besetzung
- Committee on Rules of Procedure, Immunities and Institutional Affairs
keine Besetzung
- Committee on the Election of Judges to the European Court of Human Rights
keine Besetzung.

Ausserhalb der Strassburger Sessionswochen tagt der Ständige Ausschuss, in welchem neben dem Präsidenten und den Vizepräsidenten der Parlamentarischen Versammlung alle nationalen Delegationsleitungen, die Ausschussvorsitzenden und die Vorsitzenden der politischen Fraktionen Einsitz nehmen. Sitzungsort ist Paris oder der jeweilige Parlamentssitz des Mitgliedslandes, welches im Ministerkomitee den Vorsitz führt. Der Ständige Ausschuss führt die Geschäfte der Versammlung, wenn diese keine Session hat und stellt damit die Kontinuität ihrer Tätigkeit sicher. Er berät und verabschiedet Berichte und Entschliessungen und kann Dringlichkeits- oder Aktualitätsdebatten abhalten.

Der **Kongress der Gemeinden und Regionen Europas** ist ein beratendes Organ des Europarats. Das Ministerkomitee schuf 1994 den Kongress der Gemeinden und Regionen. Er ist in zwei Kammern gegliedert, von denen eine die Gemeinden, die andere die Regionen vertritt. Der Kongress tagt zweimal jährlich im Palais de l'Europe in Strassburg.

Alle diese Instanzen werden bei ihrer Arbeit durch die rund 2'200 Mitarbeiter des Europarats unterstützt. Geleitet werden die verschiedenen Fachdirektionen seit dem 18. September 2019 von Generalsekretärin Marija Pejčinović Burić. Burić wurde im Juni 2019 von den Mitgliedern der Versammlung zur Generalsekretärin gewählt. Ihre Amtszeit beträgt fünf Jahre.

Seit dem 1. März 2021 leitet Despina Chatzivassiliou-Tsovilis das Generalsekretariat der Versammlung. Ihre Amtszeit beträgt fünf Jahre. Im Einklang mit der Geschäftsordnung der Versammlung sorgt die Generalsekretärin für das ordnungsgemäße Funktionieren der Versammlung, setzt die Beschlüsse um und koordiniert die Arbeit der Ausschüsse. Sie leitet ein Sekretariat mit etwa 90 Mitarbeitern, das den Präsidenten und die Mitglieder der Versammlung bei ihrer Arbeit unterstützt und den ordnungsgemässen Ablauf der parlamentarischen Verfahren sicherstellt.

4. Praktische Auswirkungen für Europa

Die Arbeit des Europarats führt zu europäischen Konventionen und Abkommen, die die Grundlage für die Anpassung und Harmonisierung der Gesetze in den verschiedenen Mitgliedstaaten bilden. Einigen dieser Rechtsinstitute können auch Nicht-Mitgliedstaaten beitreten. Das Ergebnis von Studien und Arbeiten wird den Regierungen der Mitgliedstaaten zugeleitet, um die Kooperation und den sozialen Fortschritt in Europa zu ermöglichen und voranzutreiben. Per Ende 2022 existierten 226 europäische Konventionen.

5. Der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR)

Diese, 1959 in Strassburg errichtete, selbstständige Organisation ist ein Herzstück innerhalb des Europarats. Der Gerichtshof tagt seit 1998 ständig und ist für alle Verfahrensschritte, von der Prüfung der Zulässigkeit einer Beschwerde bis hin zum rechtskräftigen Urteil, zuständig. Die Richter werden von der Parlamentarischen Versammlung gewählt. Der Gerichtshof urteilt über Beschwerden einzelner Personen sowie Personengruppen und Staaten, die sich auf Verletzungen der in der Europäischen Menschenrechtskonvention anerkannten Rechte beziehen. Bürger können sich, nachdem die innerstaatlichen Rechtsbehelfe erschöpft sind, mit Beschwerden direkt an ihn wenden. Carlo Ranzoni ist seit dem 1. September 2015 der liechtensteinische Richter am Gerichtshof. Am 19. August 2020 reichte Liechtenstein beim EGMR eine Staatenbeschwerde gegen die Tschechische Republik ein, da die Regierung die Souveränität Liechtensteins in Tschechien als nicht ausreichend respektiert ansieht.

Die Russische Föderation ist seit dem 16. September 2022 (sechs Monate nach ihrem Ausschluss aus dem Europarat) keine Vertragspartei der Europäischen Menschenrechtskonvention mehr. Der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte ist weiterhin für die Bearbeitung von Beschwerden gegen Russland zuständig, die bis zum 16. September 2022 eingereicht wurden.

IV. Sessionswochen der Parlamentarischen Versammlung im 2022

Während den Sessionswochen in Strassburg finden die Plenarversammlungen, die Sitzungen der Ausschüsse sowie die Fraktionssitzungen statt. Während bei den Ausschüssen die inhaltlichen Grundlagen geschaffen werden, werden an den Plenarversammlungen Entscheide gefällt und Vorlagen verabschiedet.

1. Erste Sessionswoche vom 24. bis 28. Januar 2022

Aufgrund der andauernden Covid-19-Pandemie wurde die Session in hybrider Form abgehalten und ermöglichte es so ihren Mitgliedern, virtuell oder persönlich in Strassburg teilzunehmen. Das Präsidialkomitee der Versammlung beschloss die physische Präsenz an der Session auf die Mitglieder mit einer institutionellen Rolle sowie die Delegationsleitungen zu beschränken. Die liechtensteinische Delegation verzichtete in der Folge auf eine Teilnahme vor Ort und nahm per Videokonferenz sowohl an den Plenarsitzungen wie auch an den Ausschusssitzungen teil. Liechtenstein wurde durch die stellvertretenden Abgeordneten Hubert Büchel und Thomas Hasler vertreten.

Höhepunkte der ersten Sessionswoche

Tiny Kox zum Präsidenten der Parlamentarischen Versammlung gewählt

Zu Beginn der Session wurde der Niederländer Tiny Kox (Vereinigte Linke) zum Präsidenten der Parlamentarischen Versammlung gewählt und tritt die Nachfolge von Rik Daems (Belgien, ALDE) an. Er ist der 34. Präsident der Versammlung seit 1949 und der dritte Vertreter der Niederlande. Er setzte sich im ersten Wahlgang mit absoluter Mehrheit (164 gegen 80 Stimmen) gegen Marija Mesenzewa (Ukraine, EPP) durch. Auf der Grundlage eines Rotationsabkommens zwischen den fünf Fraktionen der Versammlung aus dem Jahr 2008 war dieses Jahr die Vereinigte Linke an der Reihe, einen Kandidaten vorzuschlagen. Die Amtszeit des Präsidenten beträgt ein Jahr, wobei eine einmalige Wiederwahl möglich ist. In seiner Eröffnungsrede forderte Kox die Versammlung auf, die Agenda umzusetzen, die sie im vergangenen Jahr in ihrer Entschliessung zu den strategischen Prioritäten des Europarats festgelegt hat. Der Europarat müsse die Säule der demokratischen Sicherheit, der Garant für Menschenrechte und Rechtsstaatlichkeit bleiben.

Prüfung der Stimmrechte der Abgeordneten

Die Stimmrechte der russischen Delegation wurden an der Eröffnungssitzung sowohl aus verfahrensrechtlichen Gründen (Artikel 7 der Geschäftsordnung) als auch aus inhaltlichen Mängeln (Artikel 8 der Geschäftsordnung) angefochten.

Der Einspruch aus sachlichen Gründen wurde von mindestens dreissig Mitgliedern der Versammlung unterstützt, die mindestens fünf nationalen Delegationen angehören. Der Antrag wurde sofort zur Berichterstattung an den Monitoringausschuss und zur Stellungnahme an den Geschäftsordnungsausschuss überwiesen. Die Anfechtung aus Verfahrensgründen wurde von mindestens zehn Mitgliedern der Versammlung unterstützt, die mindestens fünf nationalen Delegationen angehören, wie es die Geschäftsordnung verlangt. Der Antrag wurde unverzüglich an den Geschäftsordnungsausschuss verwiesen.

In der darauf folgenden Debatte hat die Versammlung das Mandat der russischen Delegation mit 97 zu 41 Stimmen bestätigt. Gleichzeitig drückte sie ihre grosse Besorgnis über die sich verschlechternde Situation in Bezug auf Pluralismus, Menschenrechte und Grundfreiheiten in Russland aus und forderte die Behörden auf, den Empfehlungen nachzukommen, die in einer Reihe von Entschliessungen der Versammlung seit 2008 verabschiedet wurden. Ausserdem forderte die Versammlung die russischen Behörden auf, ihre Truppen so schnell wie möglich von den ukrainischen Grenzen zurückzuziehen und die Eskalation der militärischen Spannungen zu beenden.

Weiter erklärte die Versammlung, dass die Ratifizierung der Beglaubigungsschreiben der russischen Delegation durch einen sinnvollen Dialog, der zu konkreten Ergebnissen führt, erwidert werden sollte. Sie forderte den Monitoringausschuss auf, bis spätestens Ende 2022 einen

Bericht über die Einhaltung der Verpflichtungen und Zusagen durch die Russische Föderation vorzulegen.

Die Anfechtung des Beglaubigungsschreibens aus verfahrensrechtlichen Gründen wurde vom Geschäftsordnungsausschuss der Versammlung zurückgewiesen.

Wahl der Vizepräsidenten der Versammlung

Gemäss der Geschäftsordnung der Versammlung werden die von den nationalen Delegationen vorgeschlagenen Kandidaten ohne Wahlgang für gewählt erklärt. Beantragen jedoch mindestens zwanzig Mitglieder oder Stellvertreter eine Abstimmung über einen oder mehrere Kandidaten, so werden diese in geheimer Wahl gewählt.

Im Zusammenhang mit der Wahl eines Vizepräsidenten der Versammlung für die Russische Föderation beschloss die Versammlung, bei der Eröffnung der Sitzung eine geheime Abstimmung über die Wahl des von der russischen Delegation vorgeschlagenen Kandidaten, Piotr Tolstoj, durchzuführen. Da der Kandidat im ersten Wahlgang keine absolute Mehrheit der abgegebenen Stimmen und im zweiten Wahlgang keine relative Mehrheit der abgegebenen Stimmen erhalten hat, bleibt der Sitz der Russischen Föderation so lange unbesetzt, bis ein von der russischen Delegation präsentierter Kandidat die erforderliche Mehrheit erhält.

Von der Versammlung behandelte Vorlagen

Das Recht, gehört zu werden: Die Teilhabe von Kindern, eine Grundfeste für demokratische Gesellschaften

Regierungen und Parlamente sollten sicherstellen, dass die Ansichten von Kindern und Jugendlichen berücksichtigt werden, wann immer Entscheidungen, die das Leben von ihnen betreffen, getroffen und umgesetzt werden, so die Abgeordneten während der Debatte. Mit der Annahme einer Entschliessung legten die Parlamentarier eine Reihe von Empfehlungen zur Erreichung dieses Ziels vor und verpflichteten sich, die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen in ihrer eigenen Arbeit in die Praxis umzusetzen.

Die Versammlung drängte darauf, dass alle Fachleute, die mit Kindern und Jugendlichen zu tun haben, sowie Parlamentarier und Regierungsbeamte in Sachen Kinder- bzw. Jugendbeteiligung geschult werden und zusätzliche Unterstützung für lokale Behörden und NGOs erhalten. Die Staaten sollten eine Senkung des Wahlalters auf 16 Jahre in Betracht ziehen und mit dem Europarat, der Europäischen Union und den Vereinten Nationen zusammenarbeiten, um die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen auszuweiten. Die Versammlung erklärte ihrerseits, sie werde Kinder und Jugendliche konsultieren, wann immer sie Berichte vorbereite, die sie betreffen, zum Beispiel durch schriftliche Konsultationen, Teilnahme an Anhörungen, Fokusgruppen oder parlamentarische Netzwerke.

Drei Jugendliche aus verschiedenen Teilen Europas nahmen an der Debatte teil und sprachen zu den Parlamentariern. Orna aus Irland führte aus, dass die Jugendlichen die 48. Stimme des Europarats werden können.

Verantwortungsvolles Handeln im Fussball: Geschäfte und Werte

Die von der Versammlung verabschiedete Entschliessung zum Thema Governance im Fussball enthält eine Reihe detaillierter Praxisempfehlungen, die sich an die FIFA, die UEFA und andere wichtige Fussballorganisationen richtet. Die Empfehlungen zielen darauf ab, bei der Finanzierung des Fussballs Transparenz, Fairness und Solidarität zu erreichen (etwa durch eine Reform des Transfermarkts), die Gastgeberländer von Grossereignissen zur Einhaltung strikter Verpflichtungen in den Bereichen Menschenrechte, Soziales und Umwelt zu bringen, die

Spielerinnen und Spieler (insbesondere die jungen) vor Missbrauch und Ausbeutung zu schützen, die Gleichstellung der Geschlechter zu fördern und Diskriminierung im Fussball zu beenden.

In der Debatte betonten die Parlamentarier, dass die Menschenrechte stets die Hauptantriebskraft für die Fussballverbände sein sollten. Die Versammlung erklärte unter anderem, dass Länder grundlegende Menschenrechtsanforderungen erfüllen müssen, bevor sie Grossveranstaltungen wie die Fussballweltmeisterschaft ausrichten dürfen, und dass Länder, in denen Frauen beim Zugang zum Sport diskriminiert werden, einfach ausgeschlossen werden sollten.

Der Plan der FIFA, alle zwei Jahre eine Weltmeisterschaft zu veranstalten, könnte schlimme Folgen für den europäischen Fussball haben, so die Versammlung und sie forderte die FIFA auf, nicht ohne die Zustimmung der europäischen Interessengruppen und des IOC zu handeln. Die FIFA sollte auch das Recht haben, das globale Transfersystem sowie Agenten und Vermittler zu regulieren, und eine ausgewogene Vereinbarung zur Begrenzung der Transfergebühren für Agenten finden.

Was die nationalen Verbände betreffe, so sollten sie sich für die gleiche Bezahlung und Entlohnung von Nationalspielern aller Geschlechter einsetzen. Es sollten mehr Geld und Ressourcen zur Verfügung gestellt werden, um ein sichereres Umfeld für fussballspielende Kinder und Jugendliche zu schaffen und sexuellen Missbrauch im Sport zu bekämpfen.

Die Versammlung kam zum Schluss, dass eine «Safe Sport»-Agentur und ein sportartübergreifendes, interinstitutionelles und zwischenstaatliches Gremium geschaffen werden sollte, das sich mit Fällen von Missbrauch im Sport befasst.

FIFA-Präsident Giovanni Infantino wies in seiner Rede vor der Versammlung insbesondere auf die Menschen- und Arbeitnehmerrechte in Katar hin und betonte, dass sich die Dinge nicht rasch ändern, sich aber ändern. Aufgrund der Weltmeisterschaft und der Aufmerksamkeit, die der Fussball mit sich bringt, habe sich Katar in einer Rekordzeit von wenigen Jahren in den Bereichen Arbeitsrecht, Arbeitnehmerschutz und Mindestlohn weiterentwickelt, auch wenn es noch viel zu tun gebe.

Weitere von der Versammlung behandelte Vorlagen

- Aktualitätsdebatte: Die jüngsten Herausforderungen für die Sicherheit in Europa: Welche Rolle spielt der Europarat?
- Dringlichkeitsdebatte: Bekämpfung von Covid-19 durch Massnahmen im Bereich der öffentlichen Gesundheit
- Tätigkeitsbericht des Präsidiums und des Ständigen Ausschusses der Versammlung
- Bericht über die Wahlbeobachtungsmission der Präsidentenwahlen in Bulgarien (14.11.2021)
- Bericht über die Wahlbeobachtungsmission der Parlamentswahlen in Kirgisistan (28.11.2021)
- Untätigkeit in Bezug auf den Klimawandel: Ein Verstoss gegen Kinderrechte
- Die Rolle der Medien in Krisenzeiten
- Sportpolitik in Krisenzeiten
- Das Funktionieren der demokratischen Institutionen in Armenien
- Das Voranschreiten des Überwachungsverfahrens der Versammlung (Januar-Dezember 2021)
- Die Vergiftung von Alexej Nawalny
- Das Migrations- und Asylpaket der Europäischen Union: Eine menschenrechtliche Perspektive
- Mutmassliche Verstösse gegen die Rechte von LGBTI-Menschen im Südkaukasus

- Die Bekämpfung des zunehmenden Hasses gegen LGBTI-Menschen in Europa
- Die Beobachtungsstelle für den Geschichtsunterricht in Europa
- Beendigung des gewaltsamen Verschwindens auf dem Gebiet des Europarats

Aktivitäten der Versammlung während der Sessionswoche

Netzwerk der Kontaktparlamentarier für eine gesunde Umwelt

Während der Sessionswoche fand die konstituierende Sitzung des «Netzwerks der Kontaktparlamentarier für eine gesunde Umwelt» statt. Dieses Netzwerk wurde im Anschluss an die Verabschiedung der Entschliessung 2399 (2021) zu Klimakrise und Rechtsstaatlichkeit geschaffen. Ziel des Netzwerkes ist es, die Massnahmen der nationalen Behörden anzuregen und zu begleiten, um die starken Verpflichtungen, die sie im Hinblick auf die Klimakrise eingegangen sind, zu erfüllen, und gleichzeitig die gegenseitige Bereicherung von Ideen zu fördern und regelmässige Gelegenheiten für Parlamentarier in Europa und auf anderen Kontinenten zu schaffen, um ihre Erfahrungen auszutauschen. Der Abgeordnete Peter Frick vertritt Liechtenstein in diesem neuen Netzwerk.

Redebeiträge

- Marija Pejčinović Burić, Generalsekretärin des Europarats.
- Benedetto Della Vedova, Ministerium für Äusseres und internationale Kooperation in Italien, derzeitiger Vorsitzender des Ministerkomitees des Europarats.

2. Ausserordentliche Plenarsitzung am 14. und 15. März 2022

Liechtenstein war an dieser zweitägigen ausserordentlichen Plenarsitzung mit den Abgeordneten Franziska Hoop (Delegationsleiterin), in Strassburg, und Peter Frick, online, vertreten. Die Delegationssekretärin Sandra Gerber-Leuenberger unterstützte die Delegation.

Nach Beginn der Aggression Russlands gegen die Ukraine am 24. Februar entzog das Ministerkomitee am 25. Februar Russland das Recht auf Vertretung sowohl im Ministerkomitee als auch in der Parlamentarischen Versammlung. Der Beschluss wurde nach einem Meinungsaustausch zwischen dem Ministerkomitee und Mitgliedern der Versammlung auf einer von Präsident Tiny Kox einberufenen Sitzung des Gemeinsamen Ausschusses getroffen. Im Gemeinsamen Ausschuss sind sowohl Regierungsvertreter (Botschafter) als auch Mitglieder der Versammlung vertreten.

Dieser Beschluss bedeutet, dass Russland Mitglied des Europarats und somit auch Vertragsstaat seiner Konventionen bleibt, insbesondere der Europäischen Menschenrechtskonvention. Diese Suspendierung ist eine vorübergehende und keine endgültige Massnahme. In der Folge beschloss das Ministerkomitee am 10. März, die Parlamentarische Versammlung über die mögliche erweiterte Anwendung von Artikel 8 der Satzung zu konsultieren.

Das Präsidium der Versammlung beschloss, eine zweitägige ausserordentliche Plenarsitzung abzuhalten. Dazu wurde eine Dringlichkeitsdebatte von allen fünf Fraktionen der Versammlung zum Thema «Die Folgen der Aggression der Russischen Föderation gegen die Ukraine» beantragt. Am ersten Tag der Sitzung sprach der ukrainische Ministerpräsident, Denys Schmyhal, per Videokonferenz zu den Parlamentariern. Anschliessend fand ein Meinungsaustausch mit der Generalsekretärin des Europarats, Marija Pejčinović Burić, sowie mit dem Vorsitzenden des Ministerkomitees, Benedetto Della Vedova, statt.

Am zweiten Tag der ausserordentlichen Plenarsitzung wurde der Bericht «Die Folgen der

Aggression der Russischen Föderation gegen die Ukraine», der von der norwegischen Abgeordneten Ingjerd Schou erstellt wurde, beraten. An der Debatte ergriffen 160 Parlamentarierinnen und Parlamentarier das Wort. Die liechtensteinische Delegationsleiterin Franziska Hoop brachte in ihrem Statement das tiefe Bedauern und die Solidarität Liechtensteins mit der ukrainischen Bevölkerung und der ukrainischen Regierung zum Ausdruck. Der militärische Angriff Russlands gegen die Ukraine stelle nicht nur eine eklatante Verletzung des Völkerrechts dar, sondern widerspreche auch allen Werten, für die der Europarat stehe. Sie appellierte an Russland, den bewaffneten Angriff umgehend einzustellen, und forderte den sofortigen Rückzug der russischen Truppen aus dem souveränen Hoheitsgebiet der Ukraine. Weiter forderte Hoop die Einrichtung humanitärer Korridore und den Schutz der Zivilbevölkerung. Sie erklärte, dass die liechtensteinische Delegation die einstimmige Entscheidung des Ministerkomitees begrüsse, die Parlamentarische Versammlung hinsichtlich der weiteren Vorgangsweise nach Artikel 8 des Statuts des Europarats zu konsultieren. Ein vereintes und geschlossenes Vorgehen sei essenziell, um die Menschenrechte, die Demokratie sowie die Rechtsstaatlichkeit zu verteidigen. Franziska Hoop merkte ebenfalls an, dass sich nun mit dem erfolgten selbstständigen Rückzug der Russischen Föderation aus dem Europarat viele Fragen stellen. Allerdings sei es von allergrösster Bedeutung, dass sichergestellt werde, dass der Kontakt zu jenen Russinnen und Russen, welche um Verletzung ihrer Menschenrechte fürchten müssen, bestehen bleibe. Liechtenstein glaube an die Stärke des Multilateralismus und sei deshalb der Ansicht, dass es zielführender sei, den Dialog aufrechtzuerhalten, als die Türe für Gespräche zu schliessen. Allerdings zeigen die anhaltende Aggression Russlands gegen die Ukraine und die fortdauernden eklatanten Verletzungen der Grundwerte des Europarats auf, dass auch diese Grundhaltung Grenzen habe. Abschliessend erklärte Hoop, dass Staaten, die die Demokratie, die Rechtsstaatlichkeit und die Menschenrechte schützen und respektieren, Platz am Tisch haben. Für jene, die nicht oder nicht mehr am Tisch sitzen, solle die Möglichkeit bestehen, wieder Teil dieser Gemeinschaft zu werden, sobald die Werte des Europarats auch ihre sind.

Die Entschliessung wurde mit 216 Ja-Stimmen bei 3 Enthaltungen einstimmig angenommen. In der Entschliessung erklärt sich die Versammlung überzeugt, dass die Schwere der von der Russischen Föderation begangenen Handlungen und der dadurch verursachte tiefgreifende Vertrauensbruch den weiteren Rückgriff auf Artikel 8 der Satzung voll und ganz rechtfertigen. Die Versammlung ist daher der Auffassung, dass das Ministerkomitee die Russische Föderation auffordern sollte, sofort aus dem Europarat auszutreten.

Ausserordentliche Sitzung des Ministerkomitees am 16. März 2022

In seiner ausserordentlichen Sitzung am 16. März hat das Ministerkomitee im Rahmen des gemäss Artikel 8 der Satzung des Europarats eingeleiteten Verfahrens beschlossen, dass die Russische Föderation von heute an nach 26 Jahren Mitgliedschaft kein Mitglied des Europarats mehr ist. In der Folge wurde auch die Fahne der Russischen Föderation vor dem Palais de l'Europe eingezogen.

Am Tag zuvor informierte die Regierung der Russischen Föderation die Generalsekretärin des Europarats über ihren Austritt aus dem Europarat im Einklang mit Artikel 7 der Satzung und ihre Absicht, die Europäische Menschenrechtskonvention aufzukündigen.

Redebeiträge

Denys Schmyhal, Ministerpräsident der Ukraine

Der ukrainische Ministerpräsident, Denys Schmyhal, forderte bei seiner Ansprache vor der Versammlung, dass die Russische Föderation umgehend aus dem Europarat ausgeschlossen wird. Ursprünglich war geplant, dass der ukrainische Präsident, Wolodymyr Selenskyj, per

Videoschaltung zu den Abgeordneten spricht. Es brauche nun eine starke Reaktion, denn jene die diesen grundlosen und nicht zu rechtfertigenden Angriff durchgeführt haben, können nicht weiter in dieser europäischen Familie bleiben. Der Ministerpräsident unterstrich, dass nicht nur die Ukraine verteidigt werden müsse, sondern ganz Europa, um eine Atomkatastrophe oder sogar einen Dritten Weltkrieg zu verhindern. Er wiederholte die Forderung seiner Regierung, über der Ukraine eine Flugverbotszone zu schaffen. Abschliessend bedankte er sich bei den Nachbarländern der Ukraine für ihre Solidarität und Unterstützung, insbesondere bei der Aufnahme der ukrainischen Flüchtlinge.

Marija Pejčinović Burić, Generalsekretärin des Europarats

Generalsekretärin Burić berichtete über die Reaktionen des Europarats auf den Angriff der Russischen Föderation auf die Ukraine. Sie informierte, dass das Ministerkomitee am 25. Februar beschlossen hat, der Russischen Föderation das Recht auf Vertretung in der Organisation zu entziehen. Es liege ein gravierender Verstoss gegen Artikel 3 der Satzung des Europarats vor. Es obliege dem Ministerkomitee zu bestimmen, was nun unternommen werden solle: Den Entzug des Vertretungsrechts aufrechtzuerhalten oder die Russische Föderation zum Austritt aufzufordern. Im Einklang mit der Satzung hole das Ministerkomitee deshalb die Stellungnahme der Parlamentarischen Versammlung bezüglich der nächsten Schritte ein.

Benedetto Della Vedova, Ministerium für Äusseres und internationale Kooperation in Italien und Vorsitzender des Ministerkomitees des Europarats

Im Rahmen des italienischen Vorsitzes im Ministerkomitee erläuterte Della Vedova die Massnahmen, die nach dem Angriff der Russischen Föderation auf die Ukraine ergriffen wurden. Dabei betonte er, dass der Europarat als Hüter und Bewahrer der Grundprinzipien der Koexistenz, der Achtung der Menschenrechte sowie der Förderung der Demokratie und Rechtsstaatlichkeit einer der Vorreiter bei der Gewährleistung einer raschen und starken Reaktion war.

Aktivitäten der Versammlung während der Session

Women@PACE-Gruppe

Das erste Treffen der parteiübergreifenden Women@PACE-Gruppe brachte die Hälfte der rund 245 in der Versammlung vertretenen Frauen zusammen. Die Gruppe bietet den weiblichen Abgeordneten der Versammlung die Möglichkeit, Initiativen zu kanalisieren, Debatten anzustossen, zu koordinieren und auf informelle Weise zu diskutieren.

Die Parlamentarierinnen erklärten sich solidarisch mit ihren ukrainischen Kolleginnen. Sie würdigten den herausragenden Mut und die Stärke der Frauen in der Ukraine und insbesondere die weiblichen Mitglieder der ukrainischen Delegation in der Versammlung unter der Leitung ihrer Vorsitzenden Marija Mesenzewa, die ebenfalls an der ausserordentlichen Plenartagung teilnahmen.

Während des Meinungsaustauschs wurde eine Reihe spezifischer Unterstützungsmassnahmen genannt, wie humanitäre Hilfe, die Verbesserung des Flüchtlingsschutzes, die Organisation von Debatten in den nationalen Parlamenten und die Unterstützung lokaler NGOs, insbesondere derjenigen, die vor Ort arbeiten. Die verschiedenen Aktivitäten, die von den Mitgliedern der Women@PACE-Gruppe in ihren Heimatländern und Parlamenten gefördert werden, werden unter dem Dach einer breiteren Sensibilisierungskampagne zusammengeführt: #Women@PACE4WomenofUkraine. Die Abgeordnete Franziska Hoop vertritt Liechtenstein in diesem neuen Forum.

3. Zweite Sessionswoche vom 25. bis 28. April 2022

Die zweite Session der Parlamentarischen Versammlung wurde wiederum in hybrider Form durchgeführt. Liechtenstein wurde durch die Abgeordneten Franziska Hoop (Delegationsleiterin) und Peter Frick in Strassburg vertreten. Sie wurden unterstützt von der Delegationssekretärin Sandra Gerber-Leuenberger.

Von der Versammlung behandelte Vorlagen

Grundsatzdebatte über die Konsequenzen des Angriffs der Russischen Föderation auf die Ukraine: Rolle und Antwort des Europarats

Die Versammlung forderte Russland auf, den Angriff auf die Ukraine unverzüglich und bedingungslos zu beenden. Weiter mahnte sie, dass es durch den Krieg zur schlimmsten humanitären Krise in Europa seit dem Zweiten Weltkrieg gekommen sei und der Krieg einen steilen Anstieg der Energiekosten sowie der Ernährungsunsicherheit zur Folge haben werde. Die internationale Gemeinschaft müsse sich vereinen, um die demokratische Weltordnung zu verteidigen. Weiter zeigte sich die Versammlung äusserst besorgt über die zunehmenden Belege für Gräueltaten und unterstützt alle Anstrengungen zur Untersuchung von Verstössen gegen internationale Menschenrechtsnormen und das humanitäre Völkerrecht. Darüber hinaus bestätigte die Versammlung die schärfste Verurteilung der russischen Aggression gegen die Ukraine und ihre Solidarität mit der Ukraine und ihrem Volk und bekräftigte ihre unerschütterliche Unterstützung für die Souveränität, Unabhängigkeit und territoriale Integrität der Ukraine innerhalb ihrer international anerkannten Grenzen.

Dringlichkeitsdebatte: Die Aggression der Russischen Föderation gegen die Ukraine: Gewährleistung der Rechenschaftspflicht für schwerwiegende Verstösse gegen das humanitäre Völkerrecht und andere internationale Verbrechen

Die Versammlung hat alle Mitglied- und Beobachterstaaten aufgerufen, dringend einen internationalen Ad-hoc-Strafgerichtshof einzurichten, welcher das mutmassliche von der politischen und militärischen Führung der Russischen Föderation begangene Verbrechen der Aggression untersuchen und strafrechtlich verfolgen soll. Der Gerichtshof sollte seinen Sitz in Strassburg haben und die Befugnisse bekommen, internationale Haftbefehle zu erlassen, und nicht durch Staatenimmunitäten oder die Immunität von Staats- und Regierungschefs und anderen Vertretern des Staates eingeschränkt sein.

Die Stärkung der strategischen Partnerschaft zwischen dem Europarat und der Europäischen Union über den Vertrag von Lissabon hinaus

Vor dem Hintergrund der Aggression Russlands gegen die Ukraine und seines Ausschlusses aus dem Europarat betonte die Versammlung, wie wichtig es sei, die strategische Partnerschaft zwischen dem Europarat und der Europäischen Union zu stärken, auf der Grundlage ihrer gemeinsamen Werte und ihres Engagements für die Förderung von Frieden und Stabilität auf dem europäischen Kontinent und die Unterstützung des Multilateralismus weltweit. Die Parlamentarier ermutigten die EU, die Verhandlungen über ihren Beitritt zur Europäischen Menschenrechtskonvention fortzusetzen, was die Kohärenz zwischen dem EU-Recht und dem System der Konvention gewährleisten und zu einem einheitlichen Rechtsraum führen werde.

Schliesslich empfahl die Versammlung dem Ministerkomitee, die Organisation eines vierten Gipfeltreffens der Staats- und Regierungschefs der Mitgliedstaaten des Europarats unter Beteiligung von EU-Vertretern zu erwägen, um die Bedeutung des Europarats als Referenzorganisation für die Förderung von Demokratie, Menschenrechten und Rechtsstaatlichkeit zu bekräftigen.

Die Beurteilung der Mittel und gesetzlichen Bestimmungen zur Bekämpfung der Exposition von Kindern gegenüber pornografischen Inhalten

Die Versammlung äusserte ihre tiefe Besorgnis über die beispiellose Exposition von Kindern gegenüber pornografischen Bildern, die ihrer psychologischen und physischen Entwicklung schaden. Die Versammlung fordert die Mitgliedstaaten auf, die bestehenden Mittel und Bestimmungen zur Bekämpfung der Exposition von Kindern gegenüber pornografischen Inhalten zu prüfen und die Lücken in den einschlägigen Rechtsvorschriften und Praktiken zu schliessen. Sie fordert einschlägige Rechtsvorschriften um sicherzustellen, dass sowohl spezielle Websites, die Inhalte für Erwachsene anbieten, als auch Mainstream- und soziale Medien, die Inhalte für Erwachsene enthalten, verpflichtet sind, Instrumente zur Altersüberprüfung zu verwenden.

Weitere von der Versammlung behandelte Vorlagen

- Tätigkeitsbericht des Präsidiums der Versammlung
- Die Nichtunterbringung von Menschen mit Behinderungen in Einrichtungen
- Die Bekämpfung von Diskriminierung aufgrund der sozialen Herkunft
- Wie können beschlagnahmte illegal erworbene Vermögensgegenstände einer guten Verwendung zugeführt werden?
- Die Bekämpfung und Verhinderung des exzessiven, nicht gerechtfertigten Einsatzes von Gewalt durch Polizeibeamte
- Echte Demokratie in Europa schützen und fördern
- Die Einhaltung der Pflichten und Verpflichtungen durch Georgien

Redebeiträge

- Marija Pejčinović Burić, Generalsekretärin des Europarats
- Sergio Mattarella, Präsident der Italienischen Republik
- Dunja Mijatović, Menschenrechtskommissarin des Europarats (Tätigkeitsbericht 2021)
- Luigi Di Maio, Minister für Äusseres und internationale Kooperation Italiens, derzeitiger Vorsitzender des Ministerkomitees des Europarats

4. Dritte Sessionswoche vom 20. bis 24. Juni 2022

Die dritte Sessionswoche wurde nach gut zwei Jahren Covid-19-Pandemie erstmals wieder nur mit physischer Präsenz durchgeführt. Liechtenstein wurde durch die Abgeordnete Franziska Hoop (Delegationsleiterin) und den stv. Abgeordneten Hubert Büchel in Strassburg vertreten. Sie wurden von der Delegationsekretärin Sandra Gerber-Leuenberger unterstützt.

Höhepunkte der dritten Sessionswoche

Eröffnungsrede von Tiny Kox, Präsident der Versammlung

Zu Beginn der Sitzung wurde eine Schweigeminute für die Opfer des Krieges in der Ukraine abgehalten. Der Präsident der Versammlung rief die Mitglieder der Versammlung in seiner Eröffnungsrede dazu auf, sich nicht an den Krieg in der Ukraine zu gewöhnen und auch weiterhin starke Solidarität zu zeigen. Er forderte die russischen Behörden und die Bevölkerung auf, diesen Angriffskrieg gegen die Ukraine unverzüglich zu beenden. Da das multilaterale System den Krieg nicht verhindern konnte, sei es nun unumgänglich zu fragen, was nicht funktioniert habe. Der Krieg habe die Völker Europas vereint und dies sei die Gelegenheit, das System neu aufzubauen. In diesem Zusammenhang setze er sich für die rasche Organisation eines vierten Gipfeltreffens der Staats- und Regierungschefs der Mitgliedstaaten des Europarats ein.

Hochrangige Paneldiskussion zum Thema «Aufrechterhaltung der demokratischen Sicherheit in Europa»

Im Zentrum der Session stand eine Podiumsdiskussion mit einer interaktiven Debatte mit hochrangigen Vertretern über die Aufrechterhaltung der demokratischen Sicherheit in Europa. Es sprachen Simon Coveney, irischer Aussen- und Verteidigungsminister sowie derzeitiger Vorsitzender des Ministerkomitees des Europarats, der finnische Aussenminister Pekka Haavisto, die Generalsekretärin des Europarats Marija Pejčinović Burić sowie die weissrussische Oppositionsführerin Swetlana Tichanowskaja, welche in ihrer Rede die Einrichtung eines Lenkungsausschusses des Europarats für die Beziehungen mit Belarus forderte.

Der Bericht zum Thema «Aktuelle Herausforderungen für die Sicherheit in Europa: Welche Rolle soll der Europarat spielen?» zeigt eine Reihe von Empfehlungen an die Mitgliedstaaten des Europarats in den Bereichen demokratische Sicherheit, Multilateralismus und Rolle des Europarats auf. Darüber hinaus soll die parlamentarische Diplomatie gestärkt und die Zusammenarbeit unter den nationalen Parlamenten der Versammlung intensiviert werden. Ebenfalls fordert die Versammlung, ein viertes Gipfeltreffen der Staats- und Regierungschefs des Europarats einzuberufen, das sich unter anderem mit der Förderung demokratischer Sicherheit, mit den Fragen, wie der Erosion der Demokratie entgegenzuwirken sei, wie die Demokratie verjüngt und das Engagement der Bürger gefördert werden kann, und mit der Schaffung eines Frühwarnmechanismus des Europarats befasst, um Bedrohungen der Rechtsstaatlichkeit, der demokratischen Standards und des Menschenrechtsschutzes abzuwenden.

Von der Versammlung behandelte Vorlagen

Aktuelle Herausforderungen für die Sicherheit in Europa: Welche Rolle soll der Europarat spielen?

Die Versammlung erklärte, dass in einem neuen, risikoreichen Sicherheitskontext, in dem die russische Aggression gegen die Ukraine der internationalen Ordnung schweren Schaden zugefügt hat, die Mitgliedstaaten des Europarats ihr Engagement für die Werte der Demokratie, der Menschenrechte und der Rechtsstaatlichkeit erneuern sollten. Der Europarat sollte die Sicherheit seiner Mitgliedstaaten verbessern und ihnen helfen, bei der Abwehr von Bedrohungen und der Konfliktverhütung widerstandsfähiger zu werden. Darüber hinaus sollte die Rolle der Zivilgesellschaft stärker unterstützt werden, demokratische Praktiken erneuert werden, neue Wege zur Einbeziehung der Bürger in die Entscheidungsfindung gefunden werden, die Einhaltung der Rechtsstaatlichkeit und der Menschenrechte gestärkt und die Medienvielfalt gesichert werden. Abschliessend forderte die Versammlung erneut die Einberufung eines vierten Gipfeltreffens des Europarats, die Schaffung eines Frühwarnmechanismus, um Bedrohungen der Grundwerte des Europarats anzugehen, und eine Initiative zur Überwachung der demokratischen Entwicklungen in den Mitgliedstaaten.

Gemeldete Fälle politischer Gefangener in der Russischen Föderation

Die Versammlung brachte ihre tiefe Besorgnis über die grosse und wachsende Zahl politischer Gefangener in der Russischen Föderation und die systematische Unterdrückung aller Oppositionellen durch die derzeitigen Behörden zum Ausdruck und verurteilte die Einführung mehrerer restriktiver Gesetze. Die verabschiedete Entschliessung zeigt auf, dass der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte in mehreren Urteilen Verstösse gegen die Europäische Menschenrechtskonvention festgestellt hat, die sich aus der willkürlichen Verhaftung und Inhaftierung von Oppositionspolitikern, Aktivisten der Zivilgesellschaft und normalen Bürgern, die friedlich demonstrieren, ergeben.

Die Versammlung fordert die Freilassung aller politischer Gefangenen in Russland. Ebenfalls fordert sie die Russische Föderation auf, alle Urteile des Europäischen Gerichtshofs in Bezug auf Antragsteller, die der Definition des Begriffs «politischer Gefangener» gemäss ihrer Entschliessung 1900 (2012) entsprechen, umzusetzen und Alexej Navalny und Alexej Pichugin unverzüglich freizulassen.

Schliesslich forderte die Versammlung den Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte auf, anhängige und künftige Fälle gegen die Russische Föderation weiter zu prüfen, und zwar vorrangig solche, die von Klägern vorgebracht werden, die infolge einer Verletzung ihrer Konventionsrechte inhaftiert oder verurteilt wurden, und erinnerte daran, dass Russland bis zum 16. September 2022 an die Konvention gebunden bleibt.

Weitere von der Versammlung behandelte Vorlagen

- Aktualitätsdebatte: Das Abkommen des Vereinigten Königreichs über Asylbewerber und die kritische Reaktion der Regierung auf die Entscheidung des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte
- Aktualitätsdebatte: Folgen der Blockade des Schwarzen Meers
- Tätigkeitsbericht des Präsidiums und des Ständigen Ausschusses der Versammlung
- Bericht über die Präsidenten- und Parlamentswahlen in Serbien (3. April 2022)
- Die Rolle von Parteien bei der Förderung von Vielfalt und Inklusion: Eine neue Charta für eine nicht-rassistische Gesellschaft
- Die anhaltende Notwendigkeit der Wiederherstellung von Menschenrechten und Rechtsstaatlichkeit in der Nordkaukasus-Region
- Antisemitismus in Europa verhüten und bekämpfen
- Die humanitären Folgen und die interne und externe Migration im Zusammenhang mit dem Angriff der Russischen Föderation auf die Ukraine
- Schutz und alternative Betreuung für unbegleitete und getrennte Migranten- und Flüchtlingskinder
- Gerechtigkeit und Sicherheit für Frauen bei der Versöhnung nach Eintritt des Friedens
- Die Einhaltung der Mitgliedschaftsverpflichtungen gegenüber dem Europarat durch Malta
- Rechenschaftspflicht für den Abschuss von Flug MH17 gewährleisten
- Die Überprüfung des Partnerschaft-für-Demokratie-Status im Hinblick auf das Parlament der Kirgisischen Republik
- Die Kontrolle der Kommunikation im Internet: Eine Bedrohung für Medienpluralismus, Informationsfreiheit und Menschenwürde

Redebeiträge

- Marija Pejčinović Burić, Generalsekretärin des Europarats
- König Willem-Alexander der Niederlande
- Katerina Sakellariopoulou, Präsidentin der Griechischen Republik

Aktivitäten der Versammlung während der Sessionswoche

Parlamentarische Plattform für die Rechte von LGBTI-Personen in Europa

Während der Session fand die konstituierende Sitzung der neuen parlamentarischen Plattform für die Rechte von LGBTI-Personen in Europa statt. Diese Plattform bringt Abgeordnete der nationalen Delegationen in der Parlamentarischen Versammlung des Europarats, Beobachter und Partner für Demokratie zusammen. Ziel der Plattform ist es, die interparlamentarische Zusammenarbeit zu nutzen, um die vollständige und effektive Gleichstellung von LGBTI-Personen auf dem gesamten Kontinent zu fördern. Sie ermöglicht es den Mitgliedern, auf

Veränderungen zu drängen und bei einer breiten Palette von Aktivitäten zusammenzuarbeiten, um Regierungen einzubinden, neue Gesetze anzuregen und das Bewusstsein zu schärfen. Die Abgeordnete Franziska Hoop vertritt Liechtenstein in diesem neuen Forum.

5. Vierte Sessionswoche vom 10. bis 14. Oktober 2022

Liechtenstein wurde an der vierten und letzten Session dieses Jahres durch die Abgeordnete Franziska Hoop (Delegationsleiterin) und den Abgeordneten Peter Frick in Strassburg vertreten. Sie wurden von der Delegationssekretärin Sandra Gerber-Leuenberger unterstützt.

Höhepunkte der vierten Sessionswoche

Václav-Havel-Menschenrechtspreis

Bereits zum 10. Mal wurde der mit EUR 60'000 dotierte Václav-Havel-Menschenrechtspreis verliehen. Mit diesem Preis wird aussergewöhnliches, zivilgesellschaftliches Engagement zur Verteidigung der Menschenrechte gewürdigt. Der Preis wurde im Rahmen einer Feierstunde am Eröffnungstag der Session überreicht. Dieses Jahr ging der Preis an den seit April 2022 inhaftierten russischen Oppositionsführer, Autor und Historiker Wladimir Kara-Mursa. Kara-Mursa ist ein russischer Politiker und Mitbegründer des russischen Antikriegskomitees, das mit dem Ziel gegründet wurde, Widerstand gegen Wladimir Putins Einmarsch in die Ukraine zu leisten. Kara-Muras Ehefrau nahm den Preis in seinem Namen in Strassburg entgegen.

Die weiteren Finalisten waren die «Regenbogenkoalition/Kampagne für LGBTQIA+-Rechte», ein Zusammenschluss von Menschenrechtsorganisationen, Gruppen zum Schutz der Rechte von LGBTQIA+-Personen und anderen zivilgesellschaftlichen Bewegungen in Ungarn sowie die «Ukraine 5 AM Coalition», ein Zusammenschluss ukrainischer Menschenrechtsorganisationen, deren Ziel die Aufdeckung, Dokumentation, Erhebung und Sicherung von Beweisen ist, wobei gleichzeitig für mutmassliche Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit sensibilisiert werden soll, die während des anhaltenden Kriegs begangen wurden.

Der Václav-Havel-Menschenrechtspreis wird jedes Jahr von der Parlamentarischen Versammlung gemeinsam mit der Václav-Havel-Bibliothek und der Stiftung Charta 77 vergeben.

Rede des ukrainischen Präsidenten Wolodymyr Selenskyj

Der ukrainische Präsident Wolodymyr Selenskyj richtete seine Worte per Videoschaltung an die Parlamentarier. Er erinnerte daran, dass die Ukraine seit mittlerweile 232 Tagen angegriffen werde. Weiter bedankte sich Selenskyj für den Ausschluss Russlands aus dem Europarat nach dem Beginn des Angriffskriegs sowie für die umfangreiche Unterstützung, die sein Land seit Kriegsbeginn bekommen hat. Er unterstrich, dass das vereinte Europa in der Geschichte noch nie so stark wie heute gewesen sei und der Dialog fortgesetzt werden müsse, um Russland als Aggressorstaat für alle Verbrechen dieses Krieges verantwortlich zu machen. Weiter führte er aus, dass rechtliche Mechanismen geschaffen werden müssen, da dies wirksame Garantien für langfristigen Frieden seien. Europa könne so eine historische Rolle bei der Errichtung eines Sondergerichtshofs für Russlands Aggression gegen die Ukraine einnehmen. Dies sei auch der beste Weg, um die Grundsätze des Völkerrechts zu schützen. Anschliessend beantwortete Präsident Selenskyj zahlreiche Fragen der Abgeordneten.

Von der Versammlung behandelte Vorlagen

Dringlichkeitsdebatte «Weitere Eskalation der Aggression Russlands gegen die Ukraine»

Im Anschluss an die Videoschaltung des ukrainischen Präsidenten Wolodymyr Selenskyj wurde die Dringlichkeitsdebatte abgehalten. Dabei hat die Versammlung die versuchte Annexion ukrainischer Gebiete durch Russland auf das Schärfste verurteilt und die sogenannten Referenden in diesen Gebieten als einen Angriff auf das Völkerrecht bezeichnet. In der einstimmig verabschiedeten Entschliessung fordern die Abgeordneten ein umfassendes System, um die Russische Föderation und ihre Führung für ihre Aggression und Verletzungen der Menschenrechte und des humanitären Völkerrechts zur Rechenschaft zu ziehen. Dies auch durch die Einrichtung eines Ad-hoc-Sondergerichtshofs zur Verfolgung des Verbrechens der Aggression gegen die Ukraine

Weitere von der Versammlung behandelte Vorlagen

- Tätigkeitsbericht des Präsidiums und des Ständigen Ausschusses der Versammlung
- Aktualitätsdebatte: Militärische Feindseligkeiten zwischen Aserbaidschan und Armenien, einschliesslich Angriffen auf Siedlungen und zivile Infrastrukturen
- Aktualitätsdebatte: Drohende Verbote von Pride-Veranstaltungen in Mitgliedsstaaten des Europarats
- Die Unterstützung einer europäischen Perspektive für die Westbalkanstaaten
- Die Aufklärung über Islamfeindlichkeit oder antimuslimischen Rassismus in Europa
- Der Missbrauch des Schengener Informationssystems durch Mitgliedstaaten des Europarats als eine politisch motivierte Sanktion
- Die Einhaltung der Mitgliedschaftsverpflichtungen gegenüber dem Europarat durch Ungarn
- Sichere Drittländer für Asylbewerber
- Pushbacks auf dem Land- und Seeweg: illegale Massnahmen der Migrationssteuerung
- Die Auswirkungen des Brexits auf die Menschenrechte auf der irischen Insel
- Der Kampf für gleiche Wettbewerbsbedingungen - Schluss mit der Diskriminierung von Frauen in der Welt des Sports
- Die Einhaltung der Mitgliedschaftsverpflichtungen gegenüber dem Europarat durch Rumänien
- Die Zukunft der Arbeit liegt hier: Arbeitnehmerrechte überarbeiten
- Die Verhinderung der Diskriminierung durch Impfstoffe

Aktivitäten der Versammlung während der Sessionswoche

Committee on Equality and Non-Discrimination

Im Rahmen einer Sitzung des Committee on Equality and Non-Discrimination fand eine Anhörung über die Fortschritte bei der Umsetzung des Übereinkommens des Europarats zur Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt (Istanbul-Konvention) statt. Neben dem Präsidenten der Versammlung, Tiny Kox, sprachen Iris Luarasi, Präsidentin von GREVIO (unabhängige Expertengruppe des Europarats), und Marie Fontanel die Vorsitzende des Ausschusses der Vertragsparteien zur Istanbul-Konvention und ständige Vertreterin Frankreichs beim Europarat. Dabei begrüsst Fontanel die kürzlichen Ratifizierungen der Istanbul-Konvention durch das Vereinigte Königreich und die Ukraine und erwähnte gleichzeitig die von Liechtenstein vorgenommene Ratifizierung im 2021.

Committee on Social Affairs, Health and Sustainable Development und Committee on Culture, Science, Education and Media

Die beiden Ausschüsse führten eine Anhörung zu den Arbeitnehmerrechten in Katar durch, welche auf eine Entschliessung der Versammlung vom Januar 2022 folgte. Die Entschliessung

enthält eine Reihe weitreichender Empfehlungen, um die Menschenrechte in den Mittelpunkt des Weltfussballs zu stellen, darunter auch, dass von den Bewerbern für grosse Sportereignisse die Einhaltung grundlegender Menschenrechtsstandards erwartet werden sollte.

Unter den Teilnehmern waren Mahmoud Qutub, leitender Berater des Obersten Komitees für die Durchführung Katars, Lise Klaveness, Präsidentin des norwegischen Fussballverbands, Alasdair Bell, stellvertretender Generalsekretär der FIFA, Max Tunon, Leiter des Büros der Internationalen Arbeitsorganisation (IAO) in Doha, Dietmar Schäfer von der Bau- und Holzarbeiterinternationalen, einem globalen Gewerkschaftsverband, Bjørn Berge, stellvertretender Generalsekretär des Europarats und der Berichterstatter Lord George Foulkes (Vereinigtes Königreich).

Die Teilnehmer waren sich einig, dass die im Zuge der kommenden Fussballweltmeisterschaft eingeführten Reformen zu erheblichen Verbesserungen für die Arbeitnehmer im Land geführt haben, dass aber noch viel mehr getan werden muss. Es habe echte Fortschritte gegeben, die sich auf das Leben von hunderttausenden von Menschen auswirken. Ein Teilnehmer verwies auf neue Arbeitsrechtsgesetze, Arbeitsgerichte, einen Arbeitnehmerfonds, der Entschädigungen auszahlt, gewählte Vertreter von Wanderarbeitnehmern und den Dialog mit Menschenrechtsorganisationen. Es bestehen dennoch weiterhin grosse Herausforderungen. Bjørn Berge unterstrich, dass die Einhaltung internationaler Standards eine Voraussetzung für die Glaubwürdigkeit eines Bewerbers sein sollte und nicht ein Ziel, das nach der Vergabe eines Turniers erreicht werden muss. Der Europarat vertrete die Vision, dass Menschenrechte und gute Regierungsführung vollständig in den Sport integriert sein sollten.

Redebeiträge

- Marija Pejčinović Burić, Generalsekretärin des Europarats
- Michael D. Higgins, Präsident der Republik Irland
- Ignazio Cassis, Schweizer Bundespräsident

Thomas Byrne, Irischer Staatsminister für europäische Angelegenheiten

Der irische Staatsminister sprach im Rahmen der sechsmonatigen irischen Präsidentschaft im Ministerkomitee des Europarats. Dabei äusserte er seine Unterstützung für die Durchführung eines vierten Gipfeltreffens der Staats- und Regierungschefs des Europarats. Ein solches Treffen solle im Rahmen des kommenden isländischen Vorsitzes im Ministerkomitee im Mai 2023 in Reykjavik stattfinden. Die Themen des Gipfeltreffens sollen die veröffentlichten Empfehlungen der hochrangigen Reflexionsgruppe und einen geplanten Bericht der Parlamentarischen Versammlung über die Zukunft des Europarats widerspiegeln. Er unterstrich weiter die wesentliche Bedeutung des Europäischen Menschenrechtsgerichtshofs und die Wichtigkeit der Umsetzung seiner Urteile durch die Staaten, so schwierig dies auch scheinen möge.

Auch der Präsident der Versammlung, Tiny Kox, bekräftigte die Ausrichtung eines vierten Gipfeltreffens der Staats- und Regierungschefs der 46 Mitgliedsländer des Europarats in seiner Rede zu Beginn der Session. Er verurteilte den russischen Angriff auf die Ukraine. Deshalb sei es umso wichtiger, möglichst schnell ein Gipfeltreffen einzuberufen. Ziel müsse es sein, die Organisation und ihre Bemühungen um ein friedliches Europa, basierend auf Menschenrechten, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit, weiter zu stärken und auszubauen.

Edi Rama, Premierminister von Albanien

Der Ministerpräsident Albaniens sprach knapp 50 Minuten vor der Versammlung. Üblicherweise werden Gästen 20 bis 30 Minuten Redezeit eingeräumt, damit genügend Zeit für anschliessende Fragen der Abgeordneten bleibt. Nach einigen einleitenden Worten zum Thema Europarat hagelte es heftige Kritik am Bericht «Unmenschliche Behandlung von Menschen und

illegaler Handel mit menschlichen Organen im Kosovo». Dieser Bericht (12462) und die entsprechende Entschliessung (1782) wurden vom ehemaligen Schweizer Ständerat und Mitglied der Versammlung Dick Marty erstellt und im Jahr 2011 von der Versammlung behandelt und verabschiedet. Abschliessend rief der Ministerpräsident die Versammlung dringend dazu auf, einen Folgebericht zu den «unbewiesenen und beschämenden Anschuldigungen des Organhandels durch Mitglieder der heldenhaften Kosovo-Befreiungsarmee» zu erstellen.

6. Sitzung des Ständigen Ausschusses am 25. November 2022 in Reykjavik

Der Ständige Ausschuss führt die Geschäfte der Versammlung zwischen den Sessionen und stellt somit die Kontinuität ihrer Tätigkeit sicher. Ihm gehören der Präsidenten, die Vizepräsidenten, alle nationalen Delegationsleiterinnen und Delegationsleiter, die Vorsitzenden der Politischen Fraktionen sowie die Ausschussvorsitzenden an. Ebenfalls nahmen die Generalsekretärin der Versammlung und Mitarbeitende des Europarats sowie der Parlamentarier an der Sitzung in Reykjavik teil. Liechtenstein wurde von der Abgeordnete Franziska Hoop sowie der Delegationssekretärin Sandra Gerber-Leuenberger an dieser Sitzung vertreten. Insgesamt konnten in Island ca. 100 Teilnehmer begrüsst werden.

An der Eröffnung der Sitzung sprachen Tiny Kox, Präsident der Versammlung sowie der isländische Parlamentspräsident Birgir Ármannsson. Es folgte ein Meinungsaustausch mit der isländischen Aussenministerin Þórdís Kolbrún Reykfjörð Gylfadóttir. Sie übernahm am 9. November den Vorsitz im Ministerkomitee für die nächsten sechs Monate. Ebenfalls richtete die Premierministerin von Island Katrín Jakobsdóttir ihre Worte an die Abgeordneten.

Anlässlich des Internationalen Tages zur Beseitigung von Gewalt gegen Frauen organisierte die isländische Delegation eine Sonderveranstaltung zum Thema «Digitale Gewalt gegen Frauen». Dazu sprachen Ragnhildur Arnljótsdóttir, Ständige Vertreterin Islands beim Europarat, María Rún Bjarnadóttir, Juristin beim nationalen Polizeipräsidenten und Mitglied von GREVIO, und Ævar Pálmi Pálmason, Leiter der Abteilung für Sexualdelikte der isländischen Polizei.

Der Ständige Ausschuss verabschiedete eine Erklärung zum vierten Gipfel der Staats- und Regierungschefs des Europarats, welcher im Mai 2023 in Reykjavik stattfinden wird. Darin begrüsst der Ausschuss die Entscheidung des Ministerkomitees ein viertes Gipfeltreffen abzuhalten. Dieser Gipfel soll den Grundstein für eine zukunftsorientierte Erneuerung des Europarats legen, der mit grösseren politischen und finanziellen Mitteln ausgestattet werden sollte, um zur Verwirklichung von Frieden, Stabilität und Wohlstand zum Wohle aller Europäer gegen den Druck und die Einmischung autoritärer und totalitärer Regime beizutragen.

V. Zusammenarbeit

Jeweils vor den Sessionen traf sich die Delegation zur Vorbereitung per Videokonferenz mit Botschafter Domenik Wanger welcher die Delegationsmitglieder über die neusten Aktivitäten des Europarats aber auch über Liechtenstein relevante Themen informierte. Des Weiteren stand die Delegation im Berichtsjahr in Kontakt mit dem Ministerium für Äusseres, dem Amt für Auswärtige Angelegenheiten und der Ständigen Vertretung in Strassburg.

VI. Kostenaufwand der Delegation

Im Jahr 2022 beliefen sich die Reisekosten/Spesen der Delegation auf CHF 19'456 (Vorjahr CHF 11'791). Die Taggelder in derselben Zeitspanne beliefen sich auf CHF 29'400 (Vorjahr CHF 25'600). Für die Beitragskosten an den Europarat zeichnet sich die Regierung verantwortlich.

VII. Weitere Informationsquellen

Ausführliche Informationen zu den Sessionen wie die Traktandenlisten, Berichte und Entschliessungen, Protokolle und Videoaufzeichnungen der Debatten sowie Abstimmungsergebnisse können auf der Homepage der Parlamentarischen Versammlung des Europarats (<http://www.assembly.coe.int>) eingesehen werden.

VIII. Schlusswort und Antrag

Wahrscheinlich hat kaum jemand in Liechtenstein damit gerechnet, dass im Jahr 2022 ein Krieg in Europa ausbricht. Der Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine, welcher am 24. Februar 2022 startete, war Grund für die Einberufung einer ausserordentlichen Plenarsitzung, die am 14. und 15. März 2022 in Strassburg stattfand. An der Dringlichkeitsdebatte zum Thema «Die Folgen der Aggression der Russischen Föderation gegen die Ukraine» war es mir ein wichtiges Anliegen, unser tiefes Bedauern und unsere Solidarität mit der ukrainischen Bevölkerung und der ukrainischen Regierung zum Ausdruck zu bringen. Weiteres aber auch auf die Bedeutung hinzuweisen, dass die Sicherstellung des Kontaktes zu jenen Russinnen und Russen, welche um Verletzung ihrer Menschenrechte fürchten müssen, bestehen bleibe.

Die Aggressionen Russlands gegen die Ukraine ist eines von vielen schwierigen Themen, welche an den parlamentarischen Versammlungen des Europarates behandelt werden. Die Tage waren jeweils sehr lange und herausfordernd und wie angesprochen, die Themen nicht einfach. Dies macht es meiner Meinung nach umso wichtiger, einen regen Austausch in der Delegation führen zu können, um die Themen auch stets besprechen und einordnen zu können. Für die stets sehr guten und angenehmen Gespräche und Dialoge, die engagierte gemeinsame Arbeit für unser Land und die konstruktive und sehr positive Zusammenarbeit möchte ich mich als Delegationsleiterin von Herzen bei den Delegationsmitgliedern Peter Frick, Thomas Hasler und Hubert Büchel bedanken.

Im Jahr 2022 kam zur Delegationsleitung, welche mich berechtigen an den Standing Committee Sitzungen, welche jeweils in den Monaten zwischen den Sessionen stattfinden, teilzunehmen, auch noch der Einsitz als «ex officio» Mitglied des Präsidiums der Versammlung dazu. Das Präsidium tritt jeweils anlässlich der ordentlichen Sessionen in Strassburg aber auch vor einer Sitzung des Ständigen Ausschusses zusammen und koordiniert die Aktivitäten der Versammlung, unterstützt den Präsidenten und spielt daher eine wichtige vorbereitende und organisatorische Rolle. Dies stellt eine von vielen weiteren Aufgaben in Zusammenhang mit dem Vorsitz dar, welcher Liechtenstein im November 2023 übernehmen wird. Zwar werden die Hauptaufgaben diesbezüglich beim Ministerkomitee sein, dennoch wird der Aufwand auch für die Delegation zunehmen. Die Bewältigung der bereits bestehenden sowie der gerade angesprochenen weiteren Aufgaben wären ohne die grossartige Arbeit und das riesige Engagement unserer Delegationssekretärin Sandra Gerber-Leuenberger,

welche sie vor, während und nach den Sessionen stets leistet, nicht möglich. Danke Sandra, für die ständige Entgegennahme und Beantwortung aller unserer Fragen, die laufende und unermüdliche Unterstützung Zuhause und vor Ort, die Erledigung aller Vorbereitungsaufgaben und für so vieles mehr. Du trägst einen sehr wesentlichen Teil dazu bei, dass unsere Arbeit gelingt. Bereits jetzt schon möchte ich mich im Namen der Delegation für den grossen Mehraufwand, welcher im Jahr 2023 auf uns zukommt, bedanken.

Damit wir als Delegation auch stets den aktuellen Stand gerade zu Themen mit Liechtenstein-Relevanz präsent haben, finden vor den Sessionen jeweils Vorbereitungssitzungen mit den Mitarbeitenden der Botschaft in Strassburg statt. Dabei bringen sie jeweils die Regierungsposition beziehungsweise die Position unseres Landes zu den einzelnen Themen ein. Ihre Ausführungen, Einschätzungen und ihr Hintergrundwissen sind für die Arbeit der Delegation sehr nützlich und förderlich. An dieser Stelle möchte ich mich bei Botschafter Domenik Wanger, dem Ständigen Vertreter in Strassburg, Helen Lorez-Schweig, der stellvertretenden Ständigen Vertreterin in Strassburg, sowie allen weiteren in Strassburg tätigen Personen bedanken. Sie stehen uns stets mit Rat und Tat zur Seite. Vielen Dank.

Es freut mich abschliessend auch einen Dank an den Landesausschuss auszusprechen, welcher dem Antrag der Delegation zugestimmt hat. Im Namen Liechtensteins dürfen wir eine Spende von CHF 5'000 als freiwilligen Finanzbeitrag an das Projekt «The Parliamentary Network Women Free from Violence» der Versammlung des Europarats überweisen.

Ich bitte den Hohen Landtag, den Jahresbericht 2022 der Delegation bei der Parlamentarischen Versammlung des Europarats zur Kenntnis zu nehmen.

Die Delegationsleiterin

Franziska Hoop

Ruggell, im Januar 2023